

## 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

### **Beschlossene Anträge, Entschliessungen und Resolutionen**

Leitantrag: Gemeinsam für ein soziales, ökologisches und buntes Hessen	1
DIE LINKE. Hessen - Politische und Organisationspolitische Schwerpunkte 2016-2018	5
Koalitionsdebatte zur Bundestagswahl 2017	10
Staatsleistungen an Kirchen beenden und über ihre Ablösung verhandeln	11
Lebendige linke Frauenpolitik in Hessen gestalten	11
Vergesellschaftung privater Banken	11
Kampf gegen Rechts verstärken, Asylrechte verteidigen, soziale Spaltung bekämpfen!	12
Solidarität und Unterstützung für Rojava	13
Hessische Linke kämpft für Kinder- und Jugendliche	13
Klimawandel und sozialökologischer Umbau	15
Ethik als dem Religionsunterricht gleichwertiges Schulfach einführen	16
Solidarität mit den Protesten gegen die Amtseinführung von Trump	16
Hessische Verfassung stärken – Verfassungsrechte umsetzen	17
Der Entsicherung von Lebensverhältnissen entgegenzutreten	19
Solidarität mit den Abgeordneten der HDP	21
Politische Bildung stärken	22

## 9. Landesparteitag 12. und 13. November 2016

### Beschlossene Anträge, Initiativanträge und Entschlüsse

#### Antrag 01 Leitantrag

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

#### **Gemeinsam für ein soziales, ökologisches und buntes Hessen**

##### **1. Für einen sozialen Aufbruch und eine Politik des Friedens**

Deutschland ist ein reiches Land, doch viele Menschen haben Zukunftssorgen und Abstiegsängste. Wie finde ich eine bezahlbare Wohnung, wenn die Mietpreise weiter explodieren? Wovon soll ich im Alter leben, wenn die gesetzliche Rente weiter gesenkt wird? Werde ich meinen Job in ein, zwei Jahren überhaupt noch ausüben können? Wovon soll ich meinen Einkauf bezahlen, wenn der Lohn nicht zum Leben reicht? Was wird aus der Zukunft meiner Kinder, wenn die Welt weiter aus den Fugen gerät?

Viele Menschen haben das Gefühl, auf einer Rolltreppe nach unten zu fahren, wie der Sozialwissenschaftler Oliver Nachtwey bildhaft die heutige „Abstiegsgesellschaft“ beschreibt. Kein Wunder. Der Neoliberalismus hat die soziale Sicherheit in unserem Land schwer beschädigt, den Sozialstaat ausgehöhlt und damit rechten Populist\*innen den Weg bereitet. Die soziale Schere klafft weiter auseinander: Prekäre Beschäftigung, Armutsrenten und Wohnungsnot prägen den Alltag vieler. Gleichzeitig besitzen in Deutschland die Superreichen die Hälfte des Vermögens, während die untere Hälfte der Bevölkerung fast nichts besitzt.

Soziale Sicherheit für alle bedeutet nicht mehr und nicht weniger als Selbstverständlichkeiten endlich durchzusetzen: Löhne von denen man leben kann und ein planbares Leben ohne Armut und Angst – auch bei Krankheit und im Alter. Daher muss der Mindestlohn schnellstmöglich auf 12 Euro angehoben, Befristungen und Leiharbeit verboten, Hartz-IV, diese Armut per Gesetz, durch eine solidarische Grundsicherung ersetzt, eine solidarische Krankenversicherung eingeführt und das Rentenniveau wieder angehoben werden. Für die Finanzierung dieser und anderer Vorhaben wollen wir die großen Vermögen kräftig besteuern.

In dieser Situation versuchen Rechtspopulisten und Rassisten - assistiert von der herrschenden Politik - die Menschen gegeneinander auszuspielen und Geflüchtete, Muslime und Andere zu Sündenböcken zu machen. Sie bauen auf jahrelang geschürten rassistischen Ressentiments aus der so genannten Mitte der Gesellschaft auf. Dem stellen wir uns entgegen, in dem wir in breiten gesellschaftlichen Bündnissen gegen Rassismus wirken und in dem wir vor allem die neoliberale Politik bekämpfen. DIE LINKE setzt sich für ein gutes Leben in sozialer Sicherheit für alle hier lebenden Menschen ein, unabhängig davon, wie lange sie hier leben.

Vor rund neunzig Jahren forderte der Dichter Wladimir Majakowski ein: „Her mit dem schönen Leben!“. Das gilt noch heute und zwar für alle. Und es bleibt dabei: Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern noch immer zwischen oben und unten.

Wir wollen Fluchtursachen, nicht Flüchtlinge bekämpfen. Krieg ist die Fluchtursache Nummer eins in der Welt. Die Politik des Westens, der USA, der EU und Deutschlands trägt für viele Kriege, Krisen und Konflikte, etwa im Nahen und mittleren Osten oder in der Ukraine eine Mitverantwortung. Auch die militärischen Interventionen der russischen Regierung lehnen wir ab. Deutschland hat seine Waffenexporte in 2015 verdoppelt und liefert Kriegsgerät in alle Welt. Deutschland entsendet deutsche Soldaten\*innen und Waffen sogar in Krisen- und Konfliktgebiete und betreibt die erneute tödliche Abschottung der Europäischen Union. Wir wenden uns gegen imperialistische Politik, egal von wem sie ausgeht.

Auch Umweltzerstörung, Landraub und neoliberale Freihandelsabkommen zwingen weltweit Millionen Menschen zur Flucht. Mit Hilfe von Freihandelsabkommen werden in vielen Ländern des globalen Südens die Regeln zu Gunsten von transnationalen Konzernen und ihren Profiten geschrieben. Unser Kampf gegen CETA, TTIP und TISA und die weitere Liberalisierung des Freihandels geht weiter.

Die soziale Ungleichheit hat im globalen Maßstab gigantische Dimensionen angenommen. 62 Menschen besitzen so viel, wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Auf der Erde verhungern täglich 57.000 Menschen; durch schlechte Wasserversorgung sterben jährlich weltweit über 100.000 Menschen. Der Krieg der Reichen gegen die Armen (Jean Ziegler) ist im vollen Gange.

Wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will muss Waffenexporte verbieten, Militäreinsätze beenden und die Grundlagen für eine sozial- und klimagerechte Weltwirtschaftsordnung legen.

Gemeinsam mit vielen Menschen, die sich für ihre sozialen Interessen einsetzen, mit streikenden Belegschaften, Stadtteilbewegungen, Bürger\*innen-, Friedens- und Erwerbsloseninitiativen, Flüchtlingshelfer\*innen, kritischen Intellektuellen und vielen mehr arbeiten wir weiter an der Formierung eines Lagers der Solidarität, um die Voraussetzungen für eine grundsätzliche Wende für soziale Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen.

Nach der herrschenden Logik ist regierungsfähig, so hat es der verstorbene Literat Gerhard Zwerenz beschrieben, „wer die wahre Meisterschaft in der Selbstverleugnung erringt, also vollkommen vergessen machen kann, woher er kommt und wer ihn wählte und wozu.“ Zu oft haben Parteien nach der Wahl das Gegenteil von dem gemacht, was sie vor der Wahl versprochen haben. Eine Regierungsbeteiligung allein – das zeigt nicht zuletzt die Politik der SPD im Bund und die der Grünen in Wiesbaden – macht noch keinen politischen Sommer. DIE LINKE streitet für einen grundsätzlichen Politikwechsel – innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Grenzenloses Profitstreben, Kriege und Klimakatastrophe: Der Kapitalismus ist die zentrale Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Damit wollen wir uns nicht abfinden. DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und nicht das Streben nach Profit im Mittelpunkt steht. Oder um es mit Bertolt Brecht zu sagen: Ändern wir die Welt – sie braucht es!

## **2. Gemeinsam für ein soziales, ökologisches und buntes Hessen**

Hessen braucht eine andere Politik. Die Halbzeitbilanz der schwarzgrünen Regierung in Wiesbaden fällt mehr als düster aus. Nahtlos haben CDU und Grüne an die neoliberale Politik der vorherigen CDU-FDP-Regierung angeknüpft. Insbesondere die Grünen haben sich auf dem Weg auf die Regierungsbänke meilenweit von ihren einstigen politischen Zielen entfernt. Letztlich dienen sie als grünes Feigenblatt dafür, die Rechtsaußen Hessen-CDU in der Tradition Dregger-Kanther-Koch salonfähig zu machen. Selbst bei ehemaligen grünen Kernthemen sieht die Bilanz mau aus: Die Energiewende stockt, eine Verkehrswende ist nicht in Sicht. Schwarzgrün hat der Einsetzung des NSU-Untersuchungsausschusses nicht zugestimmt – von der CDU zu erwarten, für die Grünen eine politische Bankrotterklärung. Die „Schuldenbremse“ dient der Regierung als Generalvollmacht für Sozialabbau. Es fehlen Investitionen in Milliardenhöhe für die Öffentliche Infrastruktur, für die Kommunen, für den Wohnungsbau. Es fehlen Milliarden für Krankenhäuser, für die Bildung und für Soziales. Das Thema soziale Gerechtigkeit bleibt eine Leerstelle.

Und die hessische SPD? Im Landtag und auch in manchen Kommunen blinken die Sozialdemokrat\*innen gern mal links, um im gleichen Atemzug die Große Koalition zu loben und den Gabriel-Murks zu stützen. In dieser Verfassung ist auch die hessische SPD mehr Teil des Problems, denn der Lösung.

DIE LINKE ist die soziale Opposition gegen die schwarzgrüne Landesregierung. Wir werden den Druck von links gegen diese Landespolitik verstärken, um einen Politikwechsel für Hessen zu erreichen. Der

Grundsatz der Hessischen Verfassung (Art. 38), wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung und der Befriedigung ihres Bedarfes zu dienen hat, ist für uns Richtschnur unseres Handelns.

Für ein soziales Hessen: Hessen ist ein reiches Land und dennoch wächst die Schere zwischen arm und reich, Nord und Süd, Stadt und Land. Die Hartz-Gesetze haben zur Folge, dass 300.000 Beschäftigte zu Niedriglöhnen arbeiten und sich prekäre Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und Minijobs weiter ausbreiten. Fast jedes fünfte Kind und fast jede\* vierte Jugendliche in Hessen leben in Armut. Ausbeutung und Sparen auf Kosten der Ärmsten ist gängige Praxis in den Jobcentern, in den hessischen Kommunen und Kreisen. DIE LINKE Hessen unterstützt deshalb den Widerstand gegen Hartz IV.

In den Ballungszentren und Universitätsstädten fehlt es an allen Ecken und Enden an bezahlbarem Wohnraum, während im ländlichen Raum die Infrastruktur wegbricht. DIE LINKE bekämpft Wohnungsmangel, Armut und Arbeitslosigkeit konsequent. Wir setzen uns für den Bau von 10.000 Sozialwohnungen jährlich ein, um der neuen Wohnungsnot zu begegnen. Aufgabe der LINKEN ist es, ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept zu entwickeln, das Barrierefreiheit berücksichtigt und auch alternative genossenschaftliche Modelle und Beschlagnehmung von spekulativem Leerstand miteinbezieht. Dabei stellen wir stets die grundsätzliche Frage „Wem gehören Grund und Boden?“ Notwendig ist auch der Erhalt der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und die Privatisierung von Krankenhäusern muss rückgängig gemacht werden.

Für ein Hessen mit Kultur: Künstlerische Leistungen, kulturelle Bildung und Erinnerungskultur sind Grundlagen einer lebendigen Demokratie. Kultureinrichtungen und -Initiativen dürfen nicht angeblichen Finanznöten geopfert werden. Wir suchen die Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden, dem Mieterbund, den Lärmschutzinitiativen und anderen Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger.

Für ein buntes statt braunes Hessen: Die schwarzgrüne Landesregierung hat sich wiederholt für ihre „Willkommenskultur“ gefeiert. Dabei wird die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge wesentlich von tausenden Helfer\*innen vor Ort geleistet. Tatsächlich haben CDU und Grüne zusammen mit der Bundesregierung das Asylrecht zerstört und tragen die europäische Abschottungspolitik mit. DIE LINKE ist nicht bereit, diese Politik hinzunehmen, sie lehnt die beschlossene Aushöhlung und weitere Verschärfungen des Grundrechts auf Asyl kategorisch ab und wird sich an den stattfindenden Protesten gegen diese Politik beteiligen. Auch in Hessen haben Hass, Gewalt und Terror gegen Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer\*innen dramatisch zugenommen. Die Linke kämpft für einen humanitären Umgang mit Geflüchteten, gegen Rassismus für einen diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung („Schule für alle“) und für eine Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Wir wollen gleiche Rechte gute Lebensbedingungen für alle hier lebenden Menschen. Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Abschiebungen und kämpfen für ein Bleiberecht für alle.

Für ein Hessen des sozialökologischen Umbaus: Die Globalisierungskritikerin Naomi Klein hat es auf den Punkt gebracht. Ein entscheidender Konflikt unserer Epoche lautet: „Kapitalismus versus Klima“. Am Beispiel des Unternehmens K + S zeigt sich, dass Rendite um jeden Preis zulasten von Umweltstandards und am Ende zulasten von Arbeitsplätzen geht. DIE LINKE setzt sich daher konsequent für einen sozialökologischen Umbau ein. Auch aus diesem Grund stellen wir uns gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Wir wehren uns gegen Fracking, die Verlärmung des Rhein-Main-Gebiets und den Vorrang für den Motorisierten Individualverkehr. Stattdessen wollen wir eine dezentrale Energiewende in öffentlichem Eigentum, eine Verkehrswende mit deutlicher Stärkung des ÖPNV mit dem Ziel des Nulltarifs sowie eine wirksame Bekämpfung des Fluglärms. Der Flughafen Kassel-Calden muss endlich geschlossen werden.

Für ein friedliches Hessen: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet“ heißt es in Artikel 69 der hessischen Verfassung. DIE LINKE kämpft dafür, dass

Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet, die Aufrüstung und Waffenexporte gestoppt und die Militarisierung im Innern, etwa in Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen beendet wird.

Für ein gerechteres Hessen - Umfairteilen: CDU, SPD, Grüne und FDP haben 2011 für die sogenannte Schuldenbremse die Trommel gerührt. Nun dient sie den Regierenden als Vorwand für Sozialabbau und Kürzung von öffentlichen Leistungen. Trotz der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs bleiben die Kommunen in Hessen deutlich unterfinanziert. DIE LINKE will die Reichen und Großkonzerne deutlich höher besteuern, um notwendige öffentliche Aufgaben zu finanzieren. Wir kämpfen für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer und eine Erbschaftssteuer, die ihren Namen verdient. Dazu soll das Land Hessen eine Bundesratsinitiative starten.

### **3. DIE LINKE in Hessen als Partei des Alltags und des Widerstands stärker machen**

Wir haben DIE LINKE in Hessen stärker gemacht. Das zeigt sich unter anderem in den Ergebnissen der letzten Wahlen: Nach 2008 und der vorgezogenen Neuwahl 2009 sind wir 2013 zum dritten Mal in Fraktionsstärke in den Hessischen Landtag eingezogen. In den Umfragen liegen wir stabil über fünf Prozent. Auch die flächendeckenden Erfolge bei der Kommunalwahl vom März 2016 haben gezeigt: Viele Menschen in Hessen wollen, dass wir auch in den Kreisen, Städten und Gemeinden noch mehr Druck für soziale Gerechtigkeit machen. Unsere für die Kommunalwahl selbst gesteckten Ziele konnten wir erreichen, darunter auch unseren Anspruch, „jünger, weiblicher, migrantischer“ zu werden. Darauf können wir auch bei der Bundestags- und Landtagswahl aufbauen. Doch vor uns liegen große Herausforderungen – auch für die Parteientwicklung. Vor uns liegen **zwei Wahlkämpfe**: Bundestagswahl 2017 und Landtagswahl 2018. Wir wollen uns aktiv in die Diskussion um das Bundestagswahlprogramm einbringen und mindestens eine Regionalkonferenz zum Programm in Hessen durchführen. Auch für die Vorstellung der Bewerber\*innen zur Landesliste zur Bundestagswahl werden wir regionale Versammlungen einberufen. Wir setzen uns innerhalb der Partei für einen kämpferischen Bundestagswahlkampf ein, in welchem wir uns als konsequente soziale Opposition positionieren und verlässliche Kraft im Lager der Solidarität sind. Bereits 2017 legen wir die Grundlagen für einen erfolgreichen und gestärkten Wiedereinzug in den Hessischen Landtag 2018. Dazu kristallisieren wir unsere landespolitischen Schwerpunktthemen weiter heraus und leiten den Prozess für die Entwicklung unseres Landtagswahlprogramms ein. Wahlkämpfe sind Hochzeiten der politischen Auseinandersetzung, die wir dafür nutzen wollen, das Lager der Solidarität zu formieren und den gesellschaftlichen Widerstand gegen die herrschende Politik zu verbreiten.

Das erfolgreiche **Kommunalwahl**ergebnis bietet die Grundlage, DIE LINKE in Hessen weiter vor Ort zu verankern und noch mehr Druck für soziale Gerechtigkeit zu machen. Die großen gesellschaftlichen Probleme, die Fehlentwicklungen in der „großen Politik“ spüren viele Menschen in ihrem Lebensumfeld. Wir finden uns mit diesen antisozialen und undemokratischen Entwicklungen in unseren Städten und Gemeinden nicht ab und verbinden Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik mit konkreten Vorschlägen für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Hier und Jetzt. Und wir entwickeln politische Alternativen, die über die bestehenden Zustände hinausweisen. Wir werden auf allen Ebenen die Kommunalpolitik noch besser mit der Parteilinie verzahnen. Der Landesvorstand wird in enger Abstimmung mit Kommunelinks regelmäßig einen Austausch linker Kommunalpolitiker organisieren. Ein Schwerpunkt dieser Beratungen sollte die inhaltliche und organisatorische Verzahnung von Kommunalpolitik und Parteilinie sein.

Die Stärke einer linken Partei sind ihre Mitglieder. Wir stärken DIE LINKE als Mitglieder- und Mitmachpartei und entwickeln sie weiter. Dazu fördern wir den Strukturaufbau im ländlichen Raum. Gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Kreisverbänden und dem Jugend- und Studierendenverband gewährleisten wir, eine durchgehende, flächendeckende Jugendarbeit. Schwerpunkte setzen wir in der Gewinnung weiblicher Mitglieder, neuer Mitglieder im ländlichen Raum und bei abhängig Beschäftigten.

Unsere Bildungsarbeit und ihr Ausbau sind Voraussetzung, um unsere politische Arbeit weiter zu verbessern. Im Sozialsprechstundenausbau und der Qualifizierung von Interessierten durch die LAG Sozialsprechstunden mit dem Ziel, in allen Kreisen, auch im ländlichen Raum, eine Sozialberatung anzubieten, sehen wir eine wichtige Aufgabe. Das junge, urbane Milieu, insbesondere in den Groß- und Hochschulstädten werden wir mit Veranstaltungen speziell für junge Mitglieder in den entsprechenden Kreisverbänden oder in Regionaltreffen erreichen. Das kann und wird die politische Kultur in den Kreisverbänden für junge Leute öffnen und einen „Einstieg in linke Politik“ begünstigen.

Unsere **Bündnisarbeit** ermöglicht es uns, legitime Forderungen in allgemeine politische Antworten zu übersetzen. Gerade für uns als hessischen Landesverband ist die Präsenz in gesellschaftlichen Kämpfen eine entscheidende Stärke. Wir bringen uns weiter aktiv in zahlreichen Bündnissen und Bewegungen ein, u.a. in Anti-TTIP-Bündnissen, in gewerkschaftlichen Kämpfen, in Willkommensinitiativen, die Friedensbewegung und bei Blockupy.

Wir konzentrieren uns auch mit Kampagnen wie „Das muss drin sein“, die bundesweit geplant werden, auf die Schwerpunkte „Wohnen“ und „Mehr Personal für die Pflege“. Als Landesverband beteiligen wir uns an Aktivitäten zu diesen Schwerpunkten, aber entwickeln auch eigene Kampagnen.

Wir bauen unsere internationale Solidaritätsarbeit aus und finden Wege, wie wir die Kontakte zur politischen Linken außerhalb Deutschlands besser koordinieren und institutionalisieren können.

Vor fast zehn Jahren haben sich Vertreter\*innen von PDS, WASG und anderen Linken auch in Hessen auf den Weg begeben, die neue Partei der LINKEN zu gründen. Im nächsten Jahr begehen wir unseren zehnten Geburtstag. Das wollen wir feiern. Mit Festen in den Kreisverbänden und einer zentralen Veranstaltung wollen wir uns unserer Geschichte versichern und über Wege diskutieren, Gegenwart und Zukunft zu interpretieren und zu verändern. Lasst uns tanzen und die Verhältnisse zum Tanzen bringen.

## **Antrag 02**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

### **DIE LINKE. Hessen – Politische und Organisationspolitische Schwerpunkte 2016-2018**

#### **1. Ziel**

Aufbauend auf die Konzepte „DIE LINKE. Hessen stark machen“ Teil 1 (2011 - 2013) und Teil 2 (2013 - 2016) wollen wir Eckpunkte für eine langfristige politische und organisatorische Planung und erste Festlegungen für die Bundestagswahl 2017 und die Landtagswahl 2018 zur Diskussion stellen. Das Ziel ist DIE LINKE. Hessen organisatorisch weiter zu entwickeln, die Parteistrukturen zu stabilisieren, auszubauen und politisch in die Offensive zu kommen. Es sollen die Grundlagen gelegt werden, um auch in Hessen die Bundestagswahl 2017 erfolgreich zu bestreiten und die Zahl der Mandate mindestens zu halten und bereits 2016/2017 die Weichen für den erfolgreichen Wiedereinzug in den Hessischen Landtag November 2018 zu legen.

#### **2. Die Orte unserer Politischen Arbeit**

##### **2.1. Linke Kommunalpolitik: Sozial vor Ort**

Das erfolgreiche Kommunalwahlergebnis bietet die Grundlage, DIE LINKE. in Hessen weiter vor Ort zu verankern und noch mehr Druck für soziale Gerechtigkeit zu machen. Die großen gesellschaftlichen Probleme, die Fehlentwicklungen in der „großen Politik“ werden für viele Menschen in ihrem Lebensumfeld spürbar. Die Vorherrschaft der Interessen von Banken und Konzernen über die Bedürfnisse breiter Teile der Bevölkerung, die Konzentration von immensem Reichtum in den Händen Weniger einerseits und leere öffentliche Kassen andererseits verschlechtern die Lebensbedingungen in

unseren Städten und Gemeinden. Wir wollen uns mit diesen unsozialen und undemokratischen Entwicklungen in unseren Städten und Gemeinden nicht abfinden

Wir verbinden unsere konkrete Politik dabei stets mit der Aufklärung über gesellschaftliche Alternativen und der Verbesserung der Lebensbedingungen im Hier und Jetzt

Wir wollen auf allen Ebenen die Kommunalpolitik noch besser mit der Parteiarbeit verzahnen. Die wesentlichen kommunalpolitischen Entscheidungen sollten von den Fraktionen und den Gremien der Partei gemeinsam getroffen werden. Kommunalpolitische Themen und Berichte der Fraktionen sollten regelmäßig auf Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen aufgerufen werden.

Der Landesvorstand organisiert in enger Abstimmung mit Kommunelinks regelmäßig einen Austausch linker Kommunalpolitiker. Schwerpunkt dieser Beratungen sollte die inhaltliche und organisatorische Verzahnung von Kommunalpolitik und Parteiarbeit sein.

## **2.2. In der Landespolitik: Soziale Opposition gegen Schwarzgrün**

Die Halbzeitbilanz von Schwarzgrün in Wiesbaden fällt düster aus. Die Landesregierung aus CDU und Grünen ist nichts anderes als die Fortsetzung der CDU-FDP-Regierung in anderer Farbe. Insbesondere die Grünen haben sich meilenweit von ihren politischen Zielen vor der Wahl entfernt. Die „Schuldenbremse“ dient der Regierung als Generalvollmacht für Sozialabbau. Das Thema soziale Gerechtigkeit bleibt eine Leerstelle.

Wir wollen unser landespolitisches Profil in Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion weiterentwickeln. In der Vergangenheit hat es drei Arbeitsgruppen zwischen Partei und Fraktion gegeben: Wohnen, Bildung, Arbeit. Der Landesvorstand muss entscheiden ob und wie diese Arbeitsgruppen weiterarbeiten.

Im Vorfeld der Landtagswahl 2018 sind wir als Landesverband gefordert, weitere landespolitische Themenschwerpunkte zu entwickeln, auf deren Bearbeitung wir uns konzentrieren wollen. U.a. dazu ist eine Abstimmung mit Landtagsfraktion bei der Haushaltsklausur im 4. Quartal 2016 sinnvoll.

## **2.3. Bündnisarbeit organisieren**

Neben der parlamentarischen Verankerung ist unser Engagement in lokalen Bündnissen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften unverzichtbar. Eine Stärke unseres hessischen Landesverbandes ist die Präsenz in gesellschaftlichen Kämpfen. Wir wollen uns weiter aktiv in zahlreichen Bündnissen, u.a. in Anti-TTIP-Bündnissen, Blockupy, in gewerkschaftlichen Kämpfen und Aktionen der Friedensbewegung einbringen.

### **2.3.1. Gewerkschaften**

Der hessische Landesverband wird auch weiterhin ein verlässlicher Partner der Gewerkschaften sein, wenn es darum geht, ArbeitnehmerInnenrechte zu verteidigen. Die Kampagne „Das muss drin sein“, sowie konkrete Solidaritätsaktionen in Auseinandersetzungen um Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen sind hierfür unverzichtbar.

### **2.3.2. Blockupy**

Blockupy stellt weiterhin die soziale Frage und kämpft für ein solidarisches Europa. Das Bündnis plant im Frühjahr 2017 in Berlin einen europäischen Sozialgipfel durchzuführen. Außerdem wird Blockupy vor allem auf die Ursachen von Flucht, Vertreibung und Rassismus hinweisen. DIE LINKE – als Bestandteil von Blockupy – ist dabei.

### **2.3.3. Linksjugend [‘solid] und Studierendenverband Die Linke.SDS**

Vor dem Hintergrund der zahlreichen jungen Neumitglieder im Landesverband muss sich verstärkt um einen Austausch mit dem Jugend- und Studierendenverband bemüht werden. Der Landesverband bietet dabei vor allem dem Jugendverband seine Unterstützung an, die vorhandenen landesweiten Strukturen auszubauen. Gerade im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl ist es wichtig,

verbindliche Kommunikationsstrukturen zwischen Landesverband und Jugend- und Studierendenverband zu schaffen. Erfreulich ist, dass es der Partei gelungen ist, bei der Kommunalwahl zahlreiche junge Genossinnen und Genossen in die Kommunalvertretungen zu entsenden. Überlegt werden muss, welche spezifischen Angebote der Landesverband, jungen Genossinnen und Genossen machen kann. Der Landesvorstand wird die Jugendarbeit intensivieren.

### **3. Politische Schwerpunkte Herbst 2016 - 2018**

Mit der politischen Schwerpunktsetzung für den Zeitraum vom Herbst 2016 bis Dezember 2018 bereiten wir uns auf die Bundestagswahl 2017 und die Landtagswahl 2018 vor.

#### **3.1. Kampagne „Das muss drin sein“**

Aus guten Gründen haben wir uns entschieden, die landesweite Beteiligung an der Kampagne „Das muss drin sein“ während der Kommunalwahl auszusetzen. Bundesweit wird geplant, die Kampagne auf die Schwerpunkte „Wohnen“ und „Mehr Personal für die Pflege“ zu konzentrieren. Als Landesverband werden wir uns an Aktivitäten zu diesen Schwerpunkten beteiligen.

Neben der weiteren Beteiligung an der Kampagne planen wir in regelmäßigen Abständen eigene Aktionstage des Landesverbandes zu wichtigen Themen, wie zuletzt auf Anregung der LAG Sozialsprechstunden die Aktionswoche gegen Hartz-IV.

#### **3.2. TTIP, CETA und TISA zu Fall bringen**

Am 17. September fanden bundesweit Demonstrationen gegen TTIP, CETA und TISA statt.

Zehntausende setzten dabei ein starkes Zeichen gegen die neoliberale Freihandelspolitik.

Als hessischer Landesverband trugen wir dazu bei, dass die Demonstration in Frankfurt ein großer Erfolg wurde. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen (etwa „TTIP Leseraum“) und Anträgen in den kommunalen Vertretungskörperschaften werden wir den Widerstand fortsetzen.

Mit der Gründung und Mitarbeit in lokalen TTIP- Bündnissen werden wir den Protest verbreitern.

#### **3.3. Kampagne für bezahlbares Wohnen**

In den Ballungsgebieten und Universitätsstädten wird die Wohnungsnot eines der beherrschenden Themen bleiben und auch bei der nächsten Landtagswahl ein zentrales Thema sein. Aufgabe der LINKEN muss es auch künftig sein, hier als Anwalt des sozialen Wohnungsbaus aufzutreten.

Kommunen sind aus dem sozialen Wohnungsbau ausgestiegen. Sie akzeptieren Wettbewerbsorientierung und führen kommunale Wohnungsbaugesellschaften wie profitorientierte Unternehmen. Die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen hat sich halbiert. Die Bundes- und Landesmittel für sozialen Wohnungsbau sind viel zu niedrig. Die derzeitige Neubau-tätigkeit im sozialen Wohnungsbau ist viel zu gering.

Aufgabe der LINKEN muss es sein, ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept zu entwickeln, das auch alternative genossenschaftliche Modelle und Beschlagnahme von Leerstand miteinbezieht. Dabei muss die grundsätzliche Frage „Wem gehört Grund und Boden?“ stets mitgedacht werden. Im Landesverband wird die AG „Struktur- und Wohnungspolitik“ fortgeführt. Anträge für kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden zusammen dort mit Argumentationshilfen und einem Musterflugblatt (jeweils für urbane und ländliche Gebiete) erarbeitet. Mit Hilfe von provokanten Aktionsideen wird das Thema öffentlich thematisiert.

#### **3.4. Klimawandel und sozialökologischer Umbau**

Der Klimawandel schreitet rasant voran und die Zeit für eine Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur gemäß des Pariser Abkommens auf unter zwei Grad wird knapp Deutschland, aber auch Hessen werden die Klimaschutzzwischenziele für 2020 mit der bisherigen Politik nicht erreichen. Es ist höchste Zeit zu handeln.

DIE LINKE setzt sich auf der Suche nach ökologisch und sozial guten Lösungen neben der Energiewende, der energetischen Gebäudesanierung und der Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf den Bahnverkehr vor allem für eine radikale Verkehrswende, als einem zentralen Projekt des



sozialökologischen Umbaus ein. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss massiv ausgebaut, klimaneutral betrieben und hessenweit zum Nulltarif angeboten werden. Finanzierungskonzepte müssen erarbeitet und durchgesetzt werden. Dafür setzen wir uns in Kommunen, Landkreisen und auf Landesebene außerhalb und innerhalb der Parlamente ein. Kostenfreie Schüler\*innen-, Auszubildende-, Studierenden-, Job- und Seniorentickets sind wichtige Zwischenschritte, hin zu einer gemeinwohlorientierten und umweltfreundlichen Mobilität für alle.

### **3.5. Kampagne für eine Rente die den Lebensstandard sichert**

Immer mehr Menschen sind im Alter von Armut bedroht. 2030 wird die Hälfte der neuen Rentnerinnen und Rentner nur noch eine Rente auf Grundsicherungs-Niveau bekommen. Ursache dafür sind die Rentenkürzungen der Bundesregierungen von SPD und Grünen (Kürzung in der Formel zur Berechnung der Rente) und von CDU und SPD (Rente erst ab 67). Das Rentenniveau ist durch Änderungen der Rentenformel von 52,9 Prozent im Jahr 2000 auf heute 47,7 Prozent des Durchschnittslohns der gesamten Lebensarbeitszeit gesunken und wird bis 2030 auf 44,3 Prozent fallen. Die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters bis auf 67 Jahre für die Geburtsjahrgänge ab 1964 wirkt sich ebenfalls als Kürzung aus. Als Antwort auf diese unsoziale Politik werden wir das Thema Rente zu einem Schwerpunkt unserer Politik machen und folgende Aktivitäten umsetzen:

1. Rentenaktionswoche im Herbst 2016 mit einem Flugblatt (Aktualisierung des bestehenden, Format A5, Auflage 30.000) und einem Aktionsvorschlag in möglichst allen Kreisverbänden.

2. Unterstützung der Durchführung von Veranstaltungen zum Thema Rente in möglichst vielen Orten (Referentenliste, Eindruckplakat, ...)

3. Sozialgipfel im Frühjahr 2017 bei dem neben anderen sozialpolitischen Themen auch die Rente behandelt wird.

4. Gründung einer Arbeitsgruppe des Landesvorstands zum Thema Rentenpolitik mit dem Ziel, kreative und öffentlichkeitswirksame Aktionen zu entwickeln.

### **3.6. Aktivitäten gegen Rassismus, rechte Hetze und Gewalt**

Im Gefolge der Wahlerfolge der AfD bei den Kommunalwahlen in Hessen und verstärkt durch die vergangenen Landtagswahlen, kommt es auch in Hessen zu einem Aufschwung rassistischer und neofaschistischer Ideen, aber auch Taten.

Im Kommunalwahlkampf ist es uns teilweise gelungen durch einen entschlossenen sozialen und antikapitalistischen Wahlkampf, ergänzt durch ein scharfes Profil gegen Rassismus, Wähler zu halten und neue Wähler zu gewinnen.

Der Kampf gegen Rassismus, rechte Hetze und Gewalt ist deshalb ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit.

1. Beteiligung an bestehenden lokalen und bundesweiten Initiativen und Kampagnen gegen Rassismus und rechte Hetze und Gewalt.

2. Zusammenarbeit mit und Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen vor Ort.

3. Bereitstellung von linken Argumenten gegen Rassismus in allen seinen Erscheinungsformen (Hetze gegen Flüchtlinge und Muslime, Antisemitismus. etc.)

4. Ausbildung und Ausrüstung unserer Wahlkämpfer mit entsprechenden Argumentationsmustern (z.B. durch eine „Stammtisch-KämpferInnen Ausbildung wie sie von „Aufstehen gegen Rassismus“ organisiert wird)

5. Der Landesverband Hessen wirkt darauf hin, dass die LINKE im Bundestagswahlkampf ein antirassistisches Plakat auflegt.

#### **4. Partei stabilisieren und ausbauen.**

Die Parteiorganisation in Hessen hat seit 2007 eine erfolgreiche Entwicklung genommen. Das zeigt sich nicht nur an der Mitglieder- und Finanzentwicklung sondern insbesondere auch an unseren erfolgreichen Wahlkämpfen und politische Aktionen. Wir wissen aber auch, dass wir noch Schwachstellen in unserer flächendeckenden Präsenz haben.

Deshalb müssen die landesweiten Kampagnen und Aktionen in Verbindung gebracht werden mit der Stabilisierung und dem Ausbau unserer örtlichen Parteistrukturen.

In unserer Organisationsentwicklung wird es darum gehen, unsere Erfolge zu verstetigen, Stärken und Chancen zu nutzen und Defizite zu überwinden. Deswegen wollen wir

- unsere Mitglieder und -Beitragsentwicklung weiter stärken
- den Strukturaufbau im ländlichen Raum fördern.
- es gemeinsam mit den Kreisverantwortlichen und dem Jugend- und Studierendenverband es schaffen, eine durchgehende, flächendeckende Jugendarbeit zu gewährleisten
- Schwerpunkte in der Gewinnung weiblicher Mitglieder, neuer Mitglieder im ländlichen Raum und innerhalb der Bevölkerungsgruppen der abhängig Beschäftigten setzen.
- unsere Attraktivität als Mitmachpartei ausbauen, die Position der Kreismitgliederverantwortlichen aufwerten und die Kampagnenfähigkeit verbessern
- unsere Bildungsarbeit ausbauen, um unsere politische Arbeit weiter zu verbessern.

Die regelmäßigen Beratungen zwischen Landesverband und Kreisverbänden in Form der Kreisvorständeberatung hat sich dafür als ein passendes Instrument erwiesen.

Die Kreisvorständeberatung soll unter anderem dazu dienen, gemeinsame Strategien zu entwickeln um diese Ziele zu erreichen.

#### **4.1 Sozialsprechstunden ausbauen**

- Qualifizierung von Interessierten durch die LAG Sozialsprechstunden
- Zielstellung: In allen Kreisen eine Sozialberatung anbieten
- Modellprojekte in benachteiligten Stadtteilen entwickeln, in Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand und der Bundesgeschäftsstelle
- Evaluierung der bisherigen Sozialberatungsaktivitäten

#### **4.2 Parteientwicklung im ländlichen Raum**

Es muss das Bewusstsein im Landesverband geschärft werden, dass die Herausforderungen im ländlichen Raum nicht allein von Genossinnen und Genossen dieser Kreisverbände gemeistert werden können. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Wahlen muss dies die Aufgabe der Gesamtpartei werden.

Erster konkreter Ansatzpunkt ist dabei die Durchführung eines Seminars in Zusammenarbeit mit der Abteilung Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle im vierten Quartal in Nordhessen um konkrete Vorgehensweisen zur Unterstützung der Flächenkreisverbände zu erarbeiten.

#### **4.3 Angebote für das junge, urbane Milieu, insbesondere in den Groß- und Hochschulstädten**

- Eigene Veranstaltungen speziell für junge Mitglieder in den Kreisverbänden oder in Regionaltreffen
- Politische Kultur in den Kreisverbänden für junge Leute öffnen
- Seminarkonzept „Einstiege in linke Politik“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung für junge Leute in Hessen durchführen

#### **4.4. Kulturpolitik entwickeln**

Um eigene kulturpolitische Initiativen zu entwickeln, ein Konzept gegen die Rotstiftpolitik im Kulturbereich zu erarbeiten und die politischen Aktivitäten der Kulturszene in Hessen zu unterstützen,

die auf eine angemessene finanzielle Förderung drängen, unterstützt der Landesvorstand die Gründung einer LAG Kulturpolitik ein.

#### **4.5 Verankerung in Betrieben und Gewerkschaften**

- Regelmäßige Vernetzungstreffen von Gewerkschafter/innen in der LINKEN in Zusammenarbeit mit der BAG Betrieb und Gewerkschaft
- Informationen über Streiks und soziale Auseinandersetzungen zentral sammeln und dezentral weitergeben
- Konferenz Erneuerung durch Streik für eine Vernetzung linker Gewerkschafter/innen nutzen- Seminar zum Thema Einstieg in linke Gewerkschaftspolitik entwickeln

#### **4.6. Bildungsarbeit der Partei**

Die politische Bildungsarbeit des Landesverbandes gibt den GenossInnen die Möglichkeit durch entsprechende inhaltliche Angebote wie Abendveranstaltungen bzw. Tages- und Wochenendseminare mit vielfältigen Methoden sich ihren Neigungen und Interessen gemäß weiter zu bilden. Für diejenigen die in ihren Kreisverbänden Funktionen übernehmen wollen, bietet die vom Landesvorstand eingesetzte Kommission Politische Bildung, auch Seminare an, um somit auch die organisationspolitische Arbeit des Landesverbandes zu unterstützen. Insgesamt sollen mit der Bildungsarbeit im Landesverband neben der individuellen Befähigung auch die politischen Schwerpunkte vermittelt werden.

### **Antrag 05**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

#### **Koalitionsdebatte zur Bundestagswahl 2017**

Der Landesparteitag der Linken Hessen spricht sich dagegen aus, mit einer Aussage zugunsten einer rot-rot-grünen Koalition in den Bundestagswahlkampf 2017 zu starten.

Wenn das Wahlergebnis eine rot-rot-grüne Koalition möglich machen sollte, muss mit den möglichen Koalitionspartnern nach der Wahl hart um linke Positionen verhandelt werden.

Die Rolle als Steigbügelhalter für eine SPD- oder Grüne Regierungsbeteiligung lehnen wir ab. Es geht darum, möglichst viele linke Inhalte im Koalitionsfall durchzusetzen.

Ja, man braucht Koalitionen. Aber es macht keinen Sinn, mit sozialen Brandstiftern selbst gelegte Brände löschen zu wollen. SPD und Grüne müssen sich nach links bewegen und es gibt linke Themen, die nicht verhandelbar sind:

- Hartz IV muss weg und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden.
- Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse gehören verboten.
- Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr sind abzulehnen.
- Die Zustimmung zu TTIP, CETA und TISA ist nicht akzeptabel und muss rückgängig gemacht werden.
- Privatisierungen des öffentlichen Sektors sind abzulehnen.

Wir brauchen Steuern für Superreiche: eine Vermögenssteuer, die Millionärssteuer, eine Erbschaftssteuer für reiche Erbschaften.

**Antrag 06**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

**Staatsleistungen an Kirchen beenden und über ihre Ablösung verhandeln**

DIE LINKE Hessen fordert die Beendigung der jährlichen Staatsleistungen des Landes an die evangelische und die katholische Kirche und erwartet von der Landesregierung schnellstmöglich die Ablöseverhandlungen zu führen.

Diese werden gemäß der Staatskirchenverträge mit der Begründung einer Entschädigung für die Enteignung von Kirchengütern im 19. Jahrhundert gezahlt.

**Antrag 10**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

**Lebendige linke Frauenpolitik in Hessen gestalten**

Der Parteitag beauftragt den Landesvorstand und die Kreisvorstände aktiv nach Frauen zu suchen, die verantwortlich die Aufgabe übernehmen, zu Veranstaltungen einzuladen, die Vernetzung der Frauen voranzutreiben. Dazu sollen die Kontakte zu den Genossinnen in den Ausländerbeiräten und migrantischen Verbänden gepflegt werden und die Genossinnen in den Gewerkschaften mobilisiert werden. Politischen Themen sollten mit kreativen Aktionen begleitet werden und bei Demonstrationen oder wichtigen politischen Gedenktagen müssen Frauen durch eigene Beiträge sichtbar werden.

Bei den Landesvorstandssitzungen wird regelmäßig ein Thema aufgerufen, dass sich mit den Belangen von Frauen beschäftigt. Dazu werden Ideen entwickelt wie wir unsere Vorstellung einer geschlechtergerechten Gesellschaft auf die konkrete Arbeit der Kreisverbände runter brechen können. So werden Frauen motiviert, sich für die politische Arbeit zu engagieren. Nicht langatmige Sitzungen sollen Treffen dominieren, sondern lebendige, zum Mitmachen einladende Aktionen zu gestalten stehen im Vordergrund.

**Antrag 11**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

**Vergesellschaftung der privater Banken notwendiger denn je**

- Angesichts der aktuellen Krise der Deutschen Bank und Warnungen vor einer neuen tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise mit unvorhersehbaren Folgen bekräftigt DIE LINKE. Hessen ihre Beschlusslage und Forderung nach Überführung der Deutschen Bank, des gesamten privaten Bankenwesen in öffentliches Eigentum.
- Mit einer demokratischen Kontrolle der Banken durch Vertreter von Beschäftigten, Gewerkschaften und öffentlicher Hand könnten die gewaltigen Ressourcen der Banken dazu genutzt werden, die Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lenken. Nur so können die Einlagen der KleinsparerInnen geschützt und Gewerbetreibende mit günstigen Krediten versorgt werden. Nur so können gebührenfreie Girokonten für alle Menschen garantiert werden.
- Eine staatliche „Bankenrettung“ und Sozialisierung der Verluste mit zig Milliarden Steuergeldern bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne wie in der Krise 2008-9 darf es nicht wieder geben.
- „Vermögen, das die Gefahr des Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen“, heißt es in Art. 39 der

Hessischen Landesverfassung. Und weiter: „Bei festgestelltem Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist in der Regel die Entschädigung zu versagen.“ In diesem Sinne sollte bei einer Vergesellschaftung der privaten Banken eine Entschädigung der bisherigen Aktionäre nur bei erwiesener sozialer Bedürftigkeit erfolgen. Auf üppige Managersaläre und Boni ist zu verzichten.

- DIE LINKE. Hessen setzt sich in den kommenden Monaten und insbesondere im beginnenden Bundestagswahlkampf auf allen Ebenen vom Landtag bis in die Stadtteile und Gemeinden für diese Forderungen ein.

### **Antrag 13**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

### **Kampf gegen rechts verstärken, Asylrecht verteidigen, soziale Spaltung bekämpfen!**

1.

Die Wahlergebnisse der AfD bei den hessischen Kommunalwahlen und den verschiedenen Landtagswahlen in diesem Jahr sind alarmierend. Die AfD tritt offen rassistisch auf, steht für soziale Kälte und nationale Enge und vertritt ein erzreaktionäres Frauen- und Familienbild.

Das Wahlergebnis zeigt deutlich: Wer meint, der AfD das Wasser abgraben zu können, indem man ihre Parolen und Forderungen übernimmt, der ermutigt sie und macht sie stark. Vor allem Teile der Union haben in den letzten Wochen und Monaten Stimmung gegen Flüchtlinge gemacht und die Große Koalition setzt mit dem Asylpaket II rechtspopulistische Forderungen in Gesetze um.

Das Problem ist nicht allein das Wahlergebnis rechter Parteien, sie sind Ausdruck einer gesellschaftlichen Stimmung, in der sich teils pogromartiger Rassismus Bahn bricht. Schon 2015 wurden Flüchtlingsunterkünfte über tausend Mal angegriffen, bis zum Sommer dieses Jahres gab es weitere 500 Angriffe. Die Angriffe auf Moscheen steigen an.

Eine breite gesellschaftliche Mobilisierung gegen rechts ist notwendig. Daran mitzuwirken sieht DIE LINKE in Hessen als eine zentrale Aufgabe der nächsten Zeit und unterstützt deshalb den bundesweiten Aufruf „Aufstehen gegen Rassismus“.

2.

Das Asylrecht ist ein Grundrecht. DIE LINKE fordert offene Grenzen für Menschen in Not und lehnt die immer weitere Aushöhlung des Asylrechts ab. Die Abschottungspolitik der EU hat dramatische Folgen. In ihrer Not sind Flüchtlinge gezwungen, auf unsichere Boote zu steigen und sich auf riskante Fluchttrouten zu begeben. Viele Menschen überleben die Flucht nicht.

DIE LINKE fordert ein Ende dieser Abschottungspolitik, sichere Fluchtwege und eine Bekämpfung von Fluchtursachen. Die Antwort auf Fluchtbewegungen sind keine hohen Zäune, sondern der Einsatz für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, ein Ende von Kriegseinsätzen und der Stopp von Waffenexporten.

3.

Ein Nährboden für rechte Parteien ist die zunehmende soziale Spaltung und der Sozialabbau der letzten Jahre. Prekär Beschäftigte, Arbeitslose und andere unter zunehmender Armut leidende Menschen dürfen nicht gegen Flüchtlinge ausgespielt werden. DIE LINKE fordert eine Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum durch eine sozial gerechte Steuerpolitik.

Bezahlbarer Wohnraum ist nicht knapp, weil viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen, sondern weil Bund und Länder den sozialen Wohnungsbau faktisch aufgegeben haben, weil Wohnraum zum Spekulationsobjekt wurde und Leerstände nicht sinnvoll genutzt werden.

Statt dem Festhalten an der „Schwarzen Null“ und der Schuldenbremse, müssen die aktuellen staatlichen Haushaltsüberschüsse genutzt werden, um mehr Wohnraum zu schaffen und die öffentliche Daseinsvorsorge auszubauen. In einer reichen Volkswirtschaft wie Deutschland gibt es genug Reichtum,

damit Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen und Menschen, die aufgrund von Elend und Krieg fliehen mussten, in Würde leben können. Das muss drin sein.

4.

DIE LINKE sieht es als ihre Aufgabe an, in die antirassistische Bewegung und in die Flüchtlingssolidarität Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit zu tragen. So können wir dazu beitragen, den Kampf um soziale Gerechtigkeit mit dem Kampf gegen rassistische Unterdrückung zu verbinden, um so Menschen in Armut und mit sozialen Abstiegsängsten vor den falschen "Lösungen" der Rassisten zu schützen.

#### **Antrag 14**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

#### **Solidarität und Unterstützung für Rojava!**

DIE LINKE Hessen beteiligt sich aktiv an der Umsetzung des gleichnamigen Beschlusses des 5. Parteitagess der LINKEN im Mai in Magdeburg.

DIE LINKE Hessen engagiert sich in Bündnissen, auf Landes- und kommunaler Ebene für die Umsetzung dieses Beschlusses. Insbesondere wird der Landesvorstand beauftragt, Parteigliederungen und kommunalen Fraktionen Unterstützung zu geben die Hilfsprojekte und Partnerschaften entwickeln wollen. Dazu können Kontakte zu Heyva Sor (kurdischer Roter Halbmond), medico international und anderen Organisationen genutzt werden. Beispielhaft ist die Initiative für eine Städtepartnerschaft Kobanî - Frankfurt genannt, die Spenden für ein Waisenhaus sammeln.

Mit dieser Solidaritätskampagne verfolgen wir folgende Ziele:

- a. die konkrete materielle und ideelle Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in Rojava
  - b. Information über die Selbstverwaltung in Rojava und über den Aufbau einer demokratischen, multiethnischen, multireligiösen und auf Gleichberechtigung der Geschlechter basierenden Gesellschaft
  - c. verdeutlichen, warum Menschen fliehen und was wir tun können, damit Menschen in ihrer Region leben bleiben oder wieder zurückkehren können
  - d. die Ablehnung von Krieg und Terror stärken
  - e. die Situation der kurdischen Bevölkerung aufzeigen und wie notwendig es ist, das Verbot der kurdischen Organisationen, insbesondere PKK, in Deutschland aufzuheben
  - f. die unsägliche Partnerschaft zwischen Deutschland und der Türkei thematisieren und aufzeigen, welche Verbrechen die türkische Regierung in Kurdistan begeht
1. Der Landesvorstand prüft, inwiefern DIE LINKE Hessen für ein spezielles Hilfsprojekt insbesondere im Gesundheitsbereich Spenden sammeln kann.
  2. Der Landesvorstand stellt Informationen, eine Liste mit Referent\*innen und Kontakten für die Kreis- und Ortsverbände sowie kommunalen Fraktionen zur Verfügung.

#### **Antrag 15**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

#### **Hessische LINKE kämpft für Kinder und Jugendliche**

##### **Kinder und Jugendliche haben Rechte**

Die UN Kinderrechtskonvention wurde von Deutschland am 6. März 1992 ratifiziert. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von Religion, Herkunft und Geschlecht; das Recht auf einen Namen und eine Staatszugehörigkeit, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Bildung und Ausbildung, das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung, das Recht, sich zu informieren, sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu versammeln,

das Recht auf eine Privatsphäre und eine gewaltfreie Erziehung im Sinne der Gleichberechtigung und des Friedens, das Recht auf sofortige Hilfe in Katastrophen und Notlagen und auf Schutz vor Grausamkeit, Vernachlässigung, Ausnutzung und Verfolgung, das Recht auf eine Familie, elterliche Fürsorge und ein sicheres Zuhause und das Recht auf Betreuung bei Behinderung. Leider stehen auch für viele Kinder in Deutschland die Rechte eher auf dem Papier. Es gilt sie aber mit Leben zu erfüllen.

### 1. **Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Bildung und Ausbildung**

Kinder und Jugendliche haben das Recht, dass Bildung darauf gerichtet ist, die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen und das Kind auf ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz; der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Freundschaft zwischen allen Völkern und ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen sowie zu Ureinwohnern vorbereitet. (aus Artikel 29 Bildungsziele, Bildungseinrichtungen)

#### **Wie sieht es damit aus?**

Das dreigliedrige Schulsystem selektiert frühzeitig nach dem Geldbeutel und den Möglichkeiten der Eltern. Ganztagschulen sind eher die Ausnahme, die gemeinsam mit den integrierten Gesamtschulen Benachteiligungen ausgleichen können. In die Schulen fließen immer mehr wirtschaftliche Interessen ein, für die Ausstattung sind zu wenige öffentliche Gelder vorhanden.

**Wir brauchen** ein inklusives Schulsystem, dass Kinder und Jugendliche zu selbstbestimmten, verantwortungsbewussten und engagierten Menschen erzieht. Dies bedarf genügend gut ausgebildeter Lehrkräfte, gebundener Ganztags- und Gesamtschulen und einer guten Förderung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen.

### 2. **Kinder und Jugendliche haben das Recht auf körperliche Unversehrtheit**

Kinder müssen vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenszufügung oder Misshandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung einschließlich des sexuellen Missbrauchs geschützt werden. (Artikel 19 Schutz vor Gewaltanwendung, Misshandlung, Verwahrlosung in Verbindung mit Artikel 34 Schutz vor sexuellem Missbrauch)

#### **Wie sieht es damit aus?**

Es gibt in fast jeder Schulklasse zwei bis drei Kinder oder Jugendliche, die sexuell missbraucht wurden. Immer noch haben wir keine Kultur, mit diesem Thema umzugehen, um solche Verbrechen zu verhindern. Viel zu oft finden die Misshandelten zu Hause kein Gehör und keine professionellen Helfer\_Innen, die ihnen bei der Bewältigung dieser schrecklichen Erlebnisse helfen.

**Wir brauchen** einen gesellschaftlichen Diskurs, der sexuellen Missbrauch nicht nur ächtet, sondern auch Strukturen schafft, die als sichere Anlaufstellen für Opfer sexualisierter Übergriffe fungieren. Desweiteren muss dieser Diskurs zur Vermeidung jeglichen Übergriffen Verhaltens führen.

### 3. **Kinder und Jugendliche haben das Recht über ihre Verhältnisse mitzubestimmen**

Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife. (Artikel 12 Berücksichtigung des Kindeswillens)

**Wie sieht es damit aus?**

Nur in wenigen Kommunen werden Kinder und Jugendliche bei sie betreffenden Planungen einbezogen. Bei familiären Konflikten haben Kinder und Jugendliche oft keine Chance, dass ihre Meinung gehört wird. In Jugendhilfemaßnahmen werden sie zu wenig Einfluss und haben kaum Chancen sich zu wehren. Demokratie in der Schule findet nur bedingt statt.

**Wir brauchen** auf der kommunalen Ebene eine stärkere Einbeziehung von Kinder und Jugendlichen in die Planungen, bei Jugendhilfemaßnahmen brauchen sie kompetente und engagierte Ansprechpartner\*innen, die Schülervvertretungen brauchen mehr Rechte, in der Familie sollen Kinder bei allen für sie wichtigen Entscheidungen gehört und einbezogen werden. Kinder brauchen neutrale Ansprechpartner, wenn sie innerhalb von Familie oder Institution nicht mehr weiter kommen. Darum setzt sich DIE LINKE. Hessen für die Sicherstellung und den weiteren Ausbau unabhängiger Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche auf kommunaler und Landesebene ein

**4. Kinder haben das Recht auf den Schutz vor Armut**

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf einen ihrer körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard. Es ist in erster Linie, die Aufgabe der Eltern dafür zu sorgen. Allerdings müssen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen treffen, „um den Eltern und anderen für das Kind verantwortlichen Personen bei der Verwirklichung dieses Rechts zu helfen, und sehen bei Bedürftigkeit materielle Hilfs- und Unterstützungsprogramme insbesondere im Hinblick auf Ernährung, Bekleidung und Wohnung vor.“ (Artikel 27 Angemessene Lebensbedingungen, Unterhalt)

**Wie sieht es damit aus?** Fast 17 Prozent der hessischen Kinder unter 18 Jahren leben in Familien, die arm sind. Sie haben arme Eltern, die oft keine Zeit für die Familie haben, weil sie deren Existenz sichern müssen. Sie sind von der Teilhabe an vielen Aktivitäten ausgeschlossen, wenn diese Geld kosten.

**Wir brauchen** durchgängig einen freien und kostenlosen Zugang zu Bildung, dies beginnt in den Kindertagesstätten, dem Besuch von Ganztagschulen mit kostenlosem, gesundem Mittagessen, die jede Nachhilfe überflüssig machen, kostenlosen Schülertickets, auch für Jugendliche in oder ohne Ausbildung. Wir brauchen eine eigenständige Kindergrundsicherung, mit der Kinder am normalen Leben teilhaben können. Wir brauchen eine bedarfsgerechte, sanktionsfreie Mindestsicherung, die das Teilhabe- und Existenzminimum darstellt

**Antrag 16**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

**Klimawandel und sozialökologischer Umbau**

Der Landesvorstand unterstützt den Aufbau einer Projektgruppe ein. Diese wird eine erste und möglichst umfängliche Situationsbeschreibung zum Klimawandel erarbeiten wobei die bisherigen und die zukünftigen Folgen sowie sozial ökologische Lösungsansätze mitgedacht werden.

Die Arbeitsgruppe beobachtet ständig die aktuelle Situation zum Klimawandel und der Energiewende und zeichnet diese auf.

Die Kreisverbände werden durch die Kommission politische Bildung bei der Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen zur Thematik unterstützt.



Die Arbeitsgruppe informiert den Landesvorstand regelmäßig über ihre Arbeitsergebnisse und erarbeitet zu diesem Thema ggf. Vorschläge für die Landes- und die Bundes(wahl)programme.

### **Antrag 17**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

#### **Ethik als dem Religionsunterricht gleichwertiges Schulfach einführen**

(1) DIE LINKE. Hessen kritisiert, dass die Landesregierung die Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots von Ethik erneut um vier Jahre verzögert hat. Nach der Einführung des Faches Ethik als verpflichtendes Ersatzfach 1995 wurde bis heute das entsprechende Angebot nicht geschaffen. Auch die aktuelle „Verordnung über den Ethikunterricht“ sieht vor, dass Ethikunterricht erst ab dem Schuljahr 2020/21 in allen Jahrgangsstufen der Grundschule eingerichtet sein muss. Es ist nicht akzeptabel, dass das Recht, sich für eine nichtreligiöse Weltanschauung („negative Religionsfreiheit“) zu entscheiden, dauerhaft unter Ressourcenvorbehalt steht. Die Ressourcen für eine flächendeckende Einführung des Faches Ethik müssen ohne weitere Verzögerung zur Verfügung gestellt werden.

(2) Ethikunterricht darf nicht von Religionslehrkräften durchgeführt werden.

(3) DIE LINKE. Hessen fordert darüber hinaus die Abschaffung des Faches Ethik als Ersatzpflichtfach und die Einführung des Ethikunterrichts als dem Religionsunterricht in allen Belangen gleichgestelltes Schulfach. Die Bezeichnung und Behandlung als Ersatzfach ist rechtlich unzulässig, pädagogisch unangebracht und demografisch überholt. Der Ersatzfachstatus hat zur Folge, dass der Ethikunterricht nicht als Leistungskursfach angewählt werden kann.

### **Initiativantrag 2**

Beschluss 9. Landesparteitag 12. – 13. November 2016

## **#notmypresident - Solidarität mit den Protesten gegen die Amtseinführung von Donald Trump**

DIE LINKE Hessen solidarisiert sich mit den Anti-Trump-Protesten, die in den letzten Tagen unter dem Motto „Not my president“ in den USA und an diesem Wochenende vor vielen US-amerikanischen Botschaften stattfinden, so auch in Berlin. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich jetzt in den USA gegen Rassismus und Sexismus engagieren, aber auch an der Seite derjenigen, die schon vorher bei Black Lives Matter, für den 15\$-Mindestlohn oder gegen die South Dakota Pipeline aktiv waren. Die momentanen Proteste, die schon am ersten Tag nach der Wahl stattgefunden haben, ermutigen uns: Sie zeigen, dass trotz des Wahlsiegs eines sexistischen und rassistischen Milliardärs die AktivistInnen in den USA nicht in Schockstarre verfallen, sondern das einzig Richtige in dieser Situation tun: auf die Straße gehen und sich organisieren. Dabei haben sie unsere Solidarität.

Der Landesverband Hessen unterstützt das Vorhaben, anlässlich der geplanten Amtseinführung Donald Trumps am 20. Januar 2017 Demonstrationen in Berlin und anderen Städten in Deutschland zu veranstalten. Wir wollen mit verschiedenen Aktivitäten auch in Deutschland gegen Donald Trump protestieren und die Demonstrationen am 20. Januar 2017 vorbereiten. Die Demonstrationen sollen insbesondere ein Zeichen der Solidarität mit den auch in den USA zur Amtseinführung Donald Trumps geplanten Protesten setzen.

Die Linke Hessen unterstützt die Bestrebungen, ausgehend von der inspirierenden Vorwahl-Kandidatur des demokratischen Sozialisten Bernie Sanders eine Bewegung für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in Leben zu rufen. Eine neue linke Partei in den USA scheint uns angesichts des neuen

Präsidenten auf der einen und Clinton als „Alternative“, die gar keine war, auf der anderen Seite, bitter nötig.

Die von der Kandidatin Hillary Clinton vertretene politische Ausrichtung auf den Status quo ist nicht geeignet, dem Rechtspopulisten Trump wirkungsvoll und überzeugend entgegen zu treten. Die Erfolge von Bernie Sanders Kampagne der „politischen Revolution“ haben in Ansätzen gezeigt, dass eine linke Alternative zum neoliberalen Establishment der Demokraten und Republikaner in den USA auf fruchtbaren Boden stoßen kann. Das gibt Hoffnung und zeigt, dass es sich lohnt, zu kämpfen.

Den besten Beitrag, den DIE LINKE Hessen dabei leisten kann, sich als auch hier in den kommenden Auseinandersetzungen und Wahlkämpfen als konsequente linke Alternative zu den neoliberalen Parteien zu präsentieren.

## Entschließung 01

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

### Hessische Verfassung schützen – Verfassungsrechte umsetzen

*„Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen.“ (Art. 38 HV)*

1. Am 1. Dezember 2016 jährt sich das Inkrafttreten unserer Hessischen Landesverfassung. Vor 70 Jahren wurde sie von den Hessinnen und Hessen in einer Volksabstimmung beschlossen. Aus diesem Anlass organisiert die Landesregierung zwar eine zentrale Feierlichkeit, mit dieser möchte sie aber augenscheinlich mehr sich selbst, als unsere Verfassung feiern. Für die herrschende Politik ist unsere Verfassung entweder eine Fußnote oder sie ist ihr gar ein Dorn im Auge.
2. Verfassungen sind aber nicht in erster Linie Texte, denen wir uns ab und zu in Seminaren an der Hochschule oder in Gedenkveranstaltungen nähern; sondern Landesverfassung und unser Grundgesetz müssen tagtäglich gelebt werden und die in ihnen festgelegten Rechte in der alltäglichen politischen Arbeit aktiv in Anspruch genommen und erkämpft werden.
3. Die Hessische Verfassung ist die älteste Landesverfassung Deutschlands und zu einem sehr frühen Zeitpunkt nach der Befreiung vom Faschismus entstanden. und das sieht man ihr bis heute noch an. Noch unter dem unmittelbaren Eindruck der faschistischen Diktatur blickt die Hessische Verfassung optimistisch auf eine andere Art des Wirtschaftens, das dem Wohle der gesamten Bevölkerung und eben nicht dem Profit dienen soll. Sie atmet den Geist sozialistisch orientierter, antikapitalistischer und antifaschistischer Politik und hält das Primat der Politik über die Wirtschaft fest.
4. Erwin Stein, CDU, nach der Verabschiedung der Verfassung erster Kultusminister und zeitweise auch Justizminister in Hessen, sowie später zwanzig Jahre lang Bundesverfassungsrichter, schrieb in einem Aufsatz im Jahre 1976 zum 30. Jahrestag der Hessischen Verfassung: *„Von allen Nachkriegsverfassungen ist die Hessische Verfassung das erste Staatsgrundgesetz, das den Wandel von der nur liberal-humanitären zur sozial-humanitären Ordnung vollzogen hat.“*
5. Entgegen mancher Behauptungen ist die Hessische Verfassung nicht verstaubt, sondern viele Bestimmungen sind aktuell. So fordert sie etwa den Mindestlohn: *„Das Arbeitsentgelt muss der Leistung entsprechen und zum Lebensbedarf für den Arbeitenden und seine Unterhaltsberechtigten ausreichen.“* Und die Hessische Verfassung fordert die Bürger\*innenversicherung: *„Es ist eine das gesamte Volk verbindende Sozialversicherung zu schaffen.“* Und die Hessische Verfassung verbietet den Missbrauch wirtschaftlicher Macht:

*„Jeder Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit – insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht – ist unter-sagt. Vermögen, das die Gefahr solchen Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist auf-grund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen.“* Sie regelt die Mitbestimmung (Artikel 37) und verbietet Aussperrung in Artikel 29, Absatz 5.

6. Auch unser Grundgesetz, zu einem deutlich späteren Zeitpunkt entstanden, lässt die Frage der
7. Wirtschaftsform ausdrücklich offen. Eine sozialistische Produktionsweise, nicht profitorientiert,
8. ist eindeutig grundgesetzkonform – ganz im Gegenteil zu den auf europäischer Ebene geschlossenen Verträgen, die neoliberales Wirtschaften vorschreiben.
9. In der Friedensfrage ist die hessische Verfassung so klar und deutlich wie keine andere deutsche Verfassung der Gegenwart und der Vergangenheit: *„Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“* Der Krieg ist geächtet, d. h. Krieg darf nicht Mittel der Politik sein. Hier lebt die Buchenwaldlösung weiter: *„Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“.*
10. Die herrschende Politik ist über diese Artikel und den Geist unserer Landesverfassung hinweggegangen. Die neoliberale Politik hat im Interesse des Kapitals die Märkte entfesselt und die sozial-staatlichen Errungenschaften zertrümmert. Deutschlands Kriegseinsätze werden zahlreicher, die Truppenkontingente stärker, die Mandate „robuster“. Unsere Verfassung ist denjenigen ein Dorn im Auge, die jede Erinnerung an Alternativen zu einem entfesselten Kapitalismus entsorgen wollen.
11. Wir wollen nicht die Hessische Verfassung an die Wirklichkeit anpassen, sondern den sozialstaatlich-antikapitalistischen Kernbestandteilen unserer Landesverfassung endlich Geltung verschaffen. Ein Streichen oder Verwässern dieser Positionen oder das Schleifen ihrer grundsätzlichen Ausrichtung wird auf unseren heftigen Widerstand treffen.
12. Auch wir sperren uns nicht dagegen, die abgeschaffte Todesstrafe im Verfassungstext zu streichen, und wir sind auch der Meinung, dass mit 18 Jahren eine Hessin oder Hesse nicht nur für den Bundestag, sondern auch für den Hessischen Landtag kandidieren dürfen soll, und wir sind auch der Meinung, dass die Hürden für direkte Demokratie in unserer Verfassung viel zu hoch gelegt sind.
13. Aber wir folgen auch dem Aufruf des Genossen Leo Bauer von der KPD, der in der abschließenden Beratung in der Verfassungsberatenden Versammlung sagte: *„Unser motiviertes Ja ist begleitet von der Erkenntnis Ferdinand Lassalles, dass Verfassungsfragen Machtfragen sind, dass diese Verfassung mit ihren positiven und ihren negativen Seiten Papier darstellt, wenn nicht im künftigen Landtage Menschen sitzen, die den Willen haben und fest entschlossen sind, diese Verfassung in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir wissen: das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ist in die-ser Verfassung festgelegt. Aber wir wissen auch ganz genau, dass es nicht durch einen Befehl im Staatsanzeiger verwirklicht werden wird. Wir werden bestimmte Widerstände überwinden müssen, und es wird die Aufgabe des künftigen Landtags sein, darüber zu wachen und dafür zu sorgen, dass diese Verfassung Leben erhält und dass sie die Grundlage darstellt für ein neues demokratisches Deutschland.“*
14. Wir bleiben also dabei, dass wir die verfassungsgemäßen Rechte zum Alltag machen müssen:
  - a. Im Einsatz für den Frieden
  - b. Im Kampf gegen die Aussperrung (z.B. bei Zumtobel)
  - c. Im Kampf für eine Bürger\*innenversicherung
  - d. Im Kampf für Meinungsfreiheit und Demonstrationsrechte

e. Im Kampf gegen monopolistische Macht z.B. von Datenkraken

15. Kämpfen wir für die Durchsetzung unserer demokratischen und sozialen Rechte. Kämpfen wir für den Erhalt des antikapitalistischen Geistes und der sozialstaatlichen Bestimmungen der Hessischen Verfassung!

## **Entschließung 02**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

### **Der ENTSICHERUNG von Lebensverhältnissen entgentreten**

Mit der Verschärfung der neoliberalen Regierungspolitik unter rot/grün zu Beginn der 1990 Jahre begann eine beispiellose Entsicherung der Lebensverhältnisse für viele Menschen in Deutschland. Während diese Politik, die sowohl unter CDU/FDP, als auch unter der großen Koalition nahtlos weitergeführt wurde, für große Teile der Bevölkerung mit einer deutlichen Verschlechterung der Lebensverhältnisse verbunden ist, wachsen gleichzeitig die Vermögen weniger immer weiter an.

Auf diesem Nährboden sammeln rechtspopulistische Parteien, nicht nur in Deutschland, Stimmen von Menschen, die auf der Suche nach sozialer Sicherheit und planbaren Lebensverhältnissen den scheinbar einfachen Versprechen fremdenfeindlicher und rassistischer Akteure Glauben schenken.

DIE LINKE muss es durch ihr Handeln (wieder) schaffen, mit ihren sozialpolitischen Forderungen bei Menschen in prekären Lebenssituationen Gehör zu finden und Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen. Wir müssen wahrnehmbar an der Seite derjenigen stehen,

- die in den Ballungsgebieten von Gentrifizierung bedroht sind,
- die durch Leiharbeit, Minijobs, als Aufstocker und 1€-Jobs trotz Arbeit arm sind,
- die heute schon wissen, dass sie trotz lebenslanger Arbeit bis 67 und länger nur eine Rente in Höhe der Grundsicherung beziehen werden,
- für die „Fördern und Fordern“ bedeutet, einer entwürdigenden Überwachung ausgesetzt und von einer sozialen und kulturellen Teilhabe ausgeschlossen zu sein.

Eine gerechte und menschenwürdige Sozialpolitik kann sich nicht auf die Sicherstellung von Grundbedürfnissen reduzieren lassen. Vielmehr ist es das Ziel, die Teilhabe aller an Bildung, Kultur, Mobilität, gesunden Lebensbedingungen in einem gesicherten Lebensumfeld zu ermöglichen.

Daher muss es die Aufgabe der LINKEN sein, auf allen parlamentarischen Ebenen sich dafür stark zu machen, dass die Politik der sozialen Entsicherung gestoppt wird.

Wenn DIE LINKE davon spricht, „Sorgen ernst nehmen“, dann bezieht es sich nicht auf das Gebrüll von Rassisten, zumal oftmals in Landesteilen mit geringer Migrationsquote.

Berechtigte Sorgen über ihre Zukunft machen sich Menschen, die im ländlichen Raum älter werden und Angst davor haben, dass die ärztliche Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten und regionale Mobilität nicht mehr sichergestellt sind. Berechtigte Sorgen machen sich Alleinerziehende, die nicht wissen, wie sie steigende Kitagebühren, ÖPNV-Preise und andere kommunale Abgaben und Gebühren finanzieren sollen, ohne die Lebensqualität ihrer Kinder einzuschränken. Berechtigte Sorgen machen sich chronisch Kranke, die durch immer höhere Zuzahlungen, IGELE-Leistungen und der fortschreitenden Kommerzialisierung der medizinischen Versorgung mit ihrer menschenunwürdigen Reduzierung auf Basisleistungen, ein Leben und Sterben in Würde nicht mehr ermöglicht.

DIE LINKE fordert daher, dass sich ein Mindestlohn daran orientieren muss, dass Menschen nach 40 Jahren Arbeit mit mindestens 10 Prozent über dem Grundsicherungseinkommen in Rente gehen können. Dies bedeutet derzeit einen Mindestlohn von wenigstens 14 € pro Stunde. Das Land Hessen

und alle durch das Land Hessen geförderten oder begünstigten Auftragnehmer müssen sich verpflichten, dieses Ziel umzusetzen.

Das Land Hessen muss in den nächsten 10 Jahren eine aktive Wohnungspolitik betreiben, mit dem Ziel die Anzahl der Wohnungen mit Sozialraumbindung wieder auf das Niveau von 1980 zu heben. Hessenweit muss in Bebauungsplänen festgeschrieben werden, dass dort, wo teure Stadtvillen, Lofts und Penthäuser entstehen, ebenso für Menschen mit niedrigen Einkommen bezahlbarer Wohnraum entstehen muss. Soziale Brennpunkte dürfen nicht nur durch eine Wohlfahrtspolitik beruhigt werden, sondern Stadtentwicklungspolitik und Mietobergrenzen müssen das solidarische Miteinander der Menschen strukturell fördern und Ghettoisierung verhindern.

Zu der Forderung der Hessischen LINKEN nach bezahlbarem Wohnraum gehört auch ein Rechtsanspruch auf Energie. Strom- und Heizungssperrungen müssen verboten werden, ein Leben in Würde ist im Kalten und Dunkeln nicht möglich.

Die Hessische Arbeits- und Wirtschaftspolitik muss die gerechte Verteilung von Arbeit in ihren Mittelpunkt stellen. Der auch mit der Digitalisierung der Arbeitswelt einhergehende Abbau von Arbeitsplätzen muss durch eine Qualifizierungsoffensive und einer Umverteilung von Arbeit einhergehen. Die Hessischen Jobcenter müssen sich wieder um ihre Kerntätigkeit, die Vermittlung von Arbeit kümmern. Daher ist jede Zusammenarbeit, Vermittlung und Beauftragung von sog. Zeitarbeitsfirmen einzustellen. Das Ziel aller arbeitsmarktpolitischen Instrumente muss die Schaffung von unbefristeten Vollzeit Arbeitsplätzen sein. Menschenunwürdige Schnüffelpraxis, Leistungskürzungen und Maßnahmen ohne ernsthaften Qualifizierungsgewinn durch die Jobcenter sind unverzüglich einzustellen. DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung: HARTZ IV muss weg!

DIE LINKE in Hessen steht dafür, das Bildungsniveau vom Einkommensniveau der Eltern zu entkoppeln. Bildung in allen Stufen, von der Kita bis zur Uni, muss für alle Menschen in Hessen kostenfrei sein. Daher unterstützt DIE LINKE alle Forderungen nach kostenfreien Kitaangeboten und wird dieses landesweit auf kommunaler Ebene einfordern. Die Kostenfreiheit darf sich jedoch nicht nur auf eine bildungspolitische „Grundversorgung“ reduzieren. Mit der Einführung einer „Gemeinschaftsschule für alle“ müssen auch gemeinsames Essen, gemeinsame Klassenfahrten und gemeinsame Fördermaßnahmen einhergehen. Die Lehrmittelfreiheit umfasst für DIE LINKE ebenso die kostenfreie Beförderung von SchülerInnen und StudentInnen.

Außerparlamentarisch und emanzipatorisch

DIE LINKE wird ihre sozialpolitischen Forderungen jedoch nicht in einer Stellvertreterpolitik umsetzen. „Uns aus dem Elend zu befreien, können nur wir selber tun“, bedeutet, dass DIE LINKE ihre Forderungen immer auch in und mit Bündnissen austauscht und die Verlierer der neoliberalen Umverteilungspolitik in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Daher ist es das Ziel der LINKEN in Hessen, flächendeckend Beratungsangebote für Menschen in prekären Lebenssituationen anzubieten. Diese Angebote sollen auch Kristallisationspunkt für solidarische Erfahrungen und Bildungsansätze sein, mit dem Ziel die Menschen zur Vertretung ihrer eigenen Interessen zu ermächtigen.

Dieses mehr an Sicherheit, Würde und Lebensqualität für alle wird nur möglich sein, wenn der Zuwachs des Reichtums von wenigen gestoppt wird. DIE LINKE in Hessen fordert daher zur Finanzierung einer gerechten Sozialpolitik endlich ein Steuersystem, das die Banken und Konzerne nicht mehr steuerlich freistellt, das Vermögende und reiche Erben gerecht an den gesellschaftlichen Aufgaben beteiligt und Spekulationsgewinne angemessen besteuert. Dazu braucht Hessen eine gut ausgestattete Finanzverwaltung, die in der Lage ist durch Betriebsprüfungen die tatsächliche Steuerschuld festzustellen und endlich eine Politik die nicht durch Spenden aus Industrie und Interessensverbänden käuflich ist.

Nur so wird es gelingen, das Ausspielen der verschiedenen Verlierer der Agenda-Politik gegeneinander zu beenden und dem Erstarken von Rechtspopulisten Einhalt zu gebieten und den Weg in eine Gesellschaft zu ebnen, in der alle Menschen gleich an Rechten und Würde sind.

## **Resolution 01**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

### **Solidarität mit den Abgeordneten der HDP! DIE LINKE Hessen unterstützt die Proteste gegen Erdogan und fordert die Bundesregierung zum Handeln auf**

Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei ist das Gebot der Stunde. Die Verhaftung der beiden Vorsitzenden der HDP (Demokratische Partei der Völker) Selahattin Demirtas und Figen Yüksesdag sowie weiterer Abgeordneter ist ein weiterer Schritt auf dem Weg der Türkei in ein autoritäres Regime, ja in eine Diktatur. Brutal und menschenrechtsverletzend geht das Erdogan-Regime gegen die demokratische Opposition, gegen kritische Medien, Intellektuelle, Gewerkschaften, Studierende und Demokrat/innen vor. Das Ziel scheint die Ausschaltung aller regimekritischen Organisationen zu sein. Wer sich demokratisch engagiert und Erdogan die Stirn bietet, wird verhaftet.

Das Erdogan-Regime führt einen blutigen und menschenverachtenden Krieg gegen die Kurd/innen im Südosten der Türkei. Gleichzeitig werden islamistische Terrorgruppen in Syrien unterstützt. Erdogan und die AKP-Regierung sind im Syrien-Irak-Krieg Teil des Problems und nicht der Lösung. Der Deal der Bundesregierung mit der Türkei ist mehr als schmutzig, das alleinige Ziel ist es, Geflüchteten den Weg nach Europa zu versperren.

DIE LINKE. Hessen fordert von der Bundesregierung:

- Die Kriminalisierung der demokratischen Opposition in der Türkei darf nicht länger hingenommen werden. Die Angriffe der türkischen Regierung auf Presse- und Meinungsfreiheit müssen scharf kritisiert werden.
- Die Komplizenschaft der Bundesregierung mit dem Erdogan-Regime muss aufhören.
- Die Bundeswehr muss aus der Türkei abgezogen, Waffenexporte und die polizeiliche sowie geheimdienstliche Zusammenarbeit beendet werden.
- Die Paktiererei der EU und Bundesregierung mit dem Erdogan-Regime muss aufgekündigt und das Verbot der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) aufgehoben werden.
- Einsatz für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses in der Türkei und die Freilassung von politischen Gefangenen.

DIE LINKE. Hessen fordert von der Landesregierung:

- Die hessische Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass der Provinzgouverneur von Bursa, alle politischen Gefangenen sofort freilässt.
- Die hessische Landesregierung muss unmissverständlich die anti-demokratischen Verhältnisse in Bursa kritisieren und verdeutlichen, dass Hessen bei der Kooperation mit Bursa klar an der Seite der regierungskritischen Personen und Organisationen steht und diese unterstützt.

Die Zeit der Worte ist vorbei. Es reicht nicht mehr besorgt und alarmiert zu sein. Es ist die Zeit zum Handeln – für uns alle

DIE LINKE. Hessen ruft dazu auf, die Proteste gegen das autoritäre Regime in der Türkei zu unterstützen.

**Resolution 02**

Beschluss 9. Landesparteitag 12.-13. November 2016

**Politische Bildung stärken**

Die politische Rechte marschiert. Sowohl bei Wahlen in Gestalt von Stimmenzuwächsen für die AfD, bei den Demonstrationen von Pegida und Co., in den Köpfen und Äußerungen vieler Menschen am Stammtisch, in den sozialen Medien sowie in den Verlautbarungen von Politikern und politischen Parteien, denen solche Äußerungen bis vor wenigen Jahren nicht zugetraut wurden. Dem gilt es entgegenzutreten. Aber nicht nur auf der Straße, in den Parlamenten und in den Medien.

Auch die politische Bildung als Querschnittsthema kann und muss einen Beitrag leisten, um auf der Grundlage der hessischen Verfassung von 1946 vor allem junge Menschen für die Ziele einer sozialen, kulturell vielfältigen und antirassistischen Gesellschaft zu gewinnen und sie in ihren entsprechenden Fähigkeiten und Kompetenzen sowie in ihrem diesbezüglichen Wissen zu stärken. Dazu muss die politische Bildung auch in einem ihrer Kernbereiche, dem Zulassen wissenschaftlich begründeter politischer Kontroversen, gefördert und ausgebaut werden statt sich einem im Kern neoliberalen Politikverständnis zu unterwerfen.

Die hessische LINKE fordert deshalb die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung, beispielsweise

- den Ausbau der politischen Bildung an den Schulen im Rahmen der Kerncurricula für Politik und Wirtschaft; und zwar inhaltlich und hinsichtlich der Stundenzahl
- den Abbau fachfremden Unterrichts im Fach Politik und Wirtschaft an den Schulen und die Beschäftigung von mehr Fachlehrerinnen und Fachlehrern für politische Bildung
- die Förderung insbesondere des Bereichs der antifaschistischen und antirassistischen Bildung im Rahmen der Erwachsenenbildung und der Weiterbildung durch langfristige abgesicherte Projekte sowie

Alle Demokraten und alle Hessinnen und Hessen sind aufgefordert, gemeinsam für eine Stärkung der politischen Bildung in diesem Sinne einzutreten.